

Kein Ersatz für Asyl

Resettlement ist kein Ersatz für das Asylrecht, sondern seine Ergänzung. Flüchtlinge, die den Weg auf eigene Faust geschafft haben, können nur über das Asylverfahren Schutz und Aufnahme finden. Deshalb taugt die Neuansiedlung auch nicht als Alibi für eine ansonsten flüchtlingsfeindliche Politik. Während die Aufnahme irakischer Flüchtlinge in der EU immer wieder verschoben wird, suchen verzweifelte Menschen auf eigene Faust den Weg über das Mittelmeer. Die Weichen in der Flüchtlingspolitik müssen umgestellt werden: Notwendig sind eine echte Flüchtlingsrettungspolitik auf See, faire Asylverfahren in Europa, ein Ende der Abschottung, der Asylwiderrufspraxis und der Abschiebungen in Kriegs- und Krisengebiete.

Platz für Flüchtlinge ist da

Seit Jahren geht die Zahl der Asylsuchenden in Deutschland zurück auf inzwischen weniger als 20.000 im Jahr. Noch vor wenigen Jahren führte die Bundesrepublik jährlich über 100.000 Asylverfahren durch. Der Zuzug von Jüdinnen und Juden aus der ehemaligen Sowjetunion in die Bundesrepublik ist von 15.000 bis 20.000 jährlich auf nur noch 2.500 im Jahr 2007 zurückgegangen. Die Zahl der Eingewanderten und Flüchtlinge ist in Deutschland so niedrig wie seit 30 Jahren nicht mehr.

Anfang 2008 hat sich in München die Kampagne *Save-me – Eine Stadt sagt ja!* gegründet und für die Aufnahme von 850 Flüchtlingen in der Stadt gewonnen. Der Stadtrat Münchens hat im Juni 2008 das Engagement einstimmig begrüßt und beschlossen, die deutsche Bundesregierung aufzufordern, ein Resettlementprogramm durchzuführen. Inzwischen haben über 900 Bürgerinnen und Bürger öffentlich erklärt, die Aufnahmeaktion zu unterstützen. Weitere Initiativen gibt es in Berlin, Augsburg, Tübingen und anderen Städten. Wir rufen dazu auf, *Save-me* bundesweit zu verbreiten. Wenn viele Städte mitmachen, kann eine beträchtliche Zahl von Flüchtlingen in Deutschland Aufnahme finden. Weitere Informationen dazu gibt es unter:

www.save-me-kampagne.de

Verantwortung übernehmen! Unsere Forderungen

Die Situation vieler Flüchtlinge weltweit verlangt beherztes Handeln. Fluchtursachen müssen bekämpft werden. Gleichzeitig sind die reichen Staaten in der Pflicht, durch Neuansiedlung einen direkten Beitrag zum Flüchtlingsschutz zu leisten. Deshalb fordern wir, dass Deutschland sich im Rahmen eines Resettlementprogramms verpflichtet, kontinuierlich ein jährliches Kontingent von Flüchtlingen und deren Familienangehörige dauerhaft aufzunehmen und zu integrieren.

Gemäß dem durch die Vereinten Nationen an UNHCR erteilten Auftrag, für Flüchtlinge dauerhafte Lösungen zu finden, brauchen die aufgenommenen Flüchtlinge von Beginn an eine sichere Aufenthaltsperspektive, arbeits- und sozialrechtliche Gleichstellung mit Inländern sowie bestmögliche Integrationschancen. Das beinhaltet die Ausstellung eines GFK-Flüchtlingspasses, die Erteilung einer Niederlassungserlaubnis nach § 23 II AufenthG, sowie die damit verbundenen Rechte auf Teilnahme an einem Integrationskurs, Wohnungsunterbringung, Arbeitsmarktintegration, Sozialleistungen und Freizügigkeit. Darüber hinaus sollten die Kommunen im Rahmen ihrer Möglichkeiten bestmögliche Rahmenbedingungen für eine gelingende soziale Integration schaffen.

Herausgeber:
Förderverein PRO ASYL e.V.
Postfach 16 06 24, 60069 Frankfurt/M.
Telefon: 069/23 06 88, Fax: 069/23 06 50
Internet: www.proasyl.de
E-Mail: proasyl@proasyl.de

Veröffentlicht im September 2008

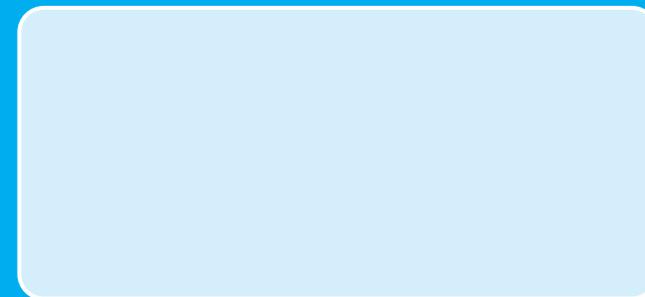
Spendenkonto: Konto-Nr. 8047300
Bank für Sozialwirtschaft Köln
BLZ 370 205 00

PRO ASYL
Förderverein PRO ASYL e.V.
DER EINZELFALL ZÄHLT.



**Resettlement:
für ein Programm
zur Aufnahme
von Flüchtlingen
in Deutschland**

Überreicht von:



www.save-me-kampagne.de

Deutschland sollte jedes Jahr ein Kontingent an Flüchtlingen aus den Erstzufluchtsstaaten aufnehmen und dauerhaft integrieren. Das fordern mit dem Flüchtlingshochkommissariat der Vereinten Nationen (UNHCR) verschiedene gesellschaftliche Gruppen: Wohlfahrtsverbände, Kirchen, Menschenrechts- und Flüchtlingsorganisationen und PRO ASYL.

Warum?

Kriege, politische Krisen oder andere existenzielle Nöte zwingen jedes Jahr viele tausend Menschen zur Flucht. Einen sicheren Staat können die wenigsten erreichen. Die Nachbarstaaten von Krisenregionen müssen oft in kurzer Zeit die Aufnahme zehntausender Flüchtlinge organisieren und sind damit häufig strukturell überfordert. Viele Flüchtlinge wollen zurück ins Herkunftsland, doch ihre Rückkehr ist auf unabsehbare Zeit unmöglich. Ohne eine Perspektive auf ein menschenwürdiges Leben sitzen sie jahrelang in eigentlich provisorischen Lagern fest.

Die Idee, regelmäßig Flüchtlinge aus den schwierigen Verhältnissen in den Erstaufnahmestaaten heraus zu holen und ihnen eine Lebensperspektive zu bieten, ist nicht neu. »Neuansiedlung« oder »Resettlement« heißt dies in der Fachsprache und wird teils seit Jahrzehnten von einer Reihe von Staaten, darunter die USA, Kanada, Schweden oder Norwegen, durchgeführt.

Auch Deutschland muss seinen Teil der Verantwortung übernehmen und die Nachbarländer entlasten. Ein Aufnahmeprogramm kann den Schwächsten unter den Flüchtlingen, wie Kindern, Kranken und alleinstehenden Frauen, einen sicheren Zugangsweg, dauerhaft Schutz und Sicherheit und damit die Chance auf ein normales Leben bieten. Die rechtlichen Voraussetzungen für ein fortlaufendes Resettlementprogramm in Deutschland sind vorhanden und Platz für Flüchtlinge ist genug da.

Um wen geht es?

Derzeit leben hunderttausende irakische Flüchtlinge in Syrien, Iran oder Jordanien in Unsicherheit und Elend. Aber nicht nur sie brauchen Hilfe. Laut UNHCR befinden sich 6,2 Millionen Menschen weltweit in ausweglosen, lang anhaltenden Flüchtlingssituationen. Unter ihnen sind Kranke, Kriegsverletzte, bedrohte Minderheiten, alleinerziehende Frauen, Kinder.

Es sind afghanische Flüchtlinge im Iran und in Pakistan, burmesische Flüchtlinge in Bangladesch und Thailand, bhutanesischen Flüchtlinge in Nepal, burundische, somalische, kongolesische, sudanesischen und liberianischen Flüchtlinge in Tansania, Uganda, Kenia und in der Republik Kongo und andere Gruppen. In Europa hat der Krieg auf dem Balkan zehntausende Menschen aus ihren Heimatorten vertrieben, die bis heute unter miserablen Bedingungen leben und weder eine Rückkehrchance noch eine Lebensperspektive haben.

Die Resettlementpraxis

Im Auftrag der Generalversammlung der Vereinten Nationen vermittelt UNHCR Flüchtlinge aus den Erstzufluchtsstaaten heraus an aufnahmebereite Staaten, in denen die Betroffenen dauerhaft Aufnahme und Sicherheit finden.

In Kooperation mit UNHCR legen die Aufnahmestaaten jährlich auf freiwilliger Basis ihre Aufnahmequoten fest und einigen sich auf Personengruppen, die aufgrund ihrer Bedürftigkeit Priorität bei der Aufnahme genießen sollen. UNHCR-Mitarbeiter vor Ort schlagen dann den Aufnahmestaaten in der Regel individuell Flüchtlinge vor. Die letzte Entscheidung darüber, ob ein Flüchtling neu angesiedelt wird, trifft der Aufnahmestaat. Bedingung für eine Vermittlung ist grundsätzlich, dass UNHCR die betreffende Person als Flüchtling im Sinne der Genfer Flüchtlingskonvention anerkennt und darüber hinaus als besonders schutzbedürftig einstuft. Vermittelt werden so vielfach Folteropfer, kranke und traumatisierte Flüchtlinge, oder auch Frauen, die besonderen Risiken ausgesetzt sind oder Kinder allein erziehen.

2007 konnte UNHCR rund 50.000 Flüchtlinge neu ansiedeln. Vor allem die USA nehmen in größerem Umfang Flüchtlinge auf. Europa spielte mit rund 5.000 Aufnahmen im Jahr 2007 nur eine untergeordnete Rolle.

Flüchtlingsaufnahme in Deutschland

Die Bundesrepublik ist bislang kein Resettlementstaat. Sie hat aber im Laufe ihrer Geschichte mehrfach große Gruppen von Flüchtlingen aufgenommen, wenn auch teilweise unter problematischen Bedingungen. Ab Ende der 1970er Jahre erhielten rund 26.000 vor Hunger und Repressalien geflohene vietnamesische »Boatpeople« ein sicheres Aufenthaltsrecht. Dauerhaft Aufnahme fanden ab 1991 auch rund 150.000 jüdische Kontingentflüchtlinge aus den Staaten der ehemaligen Sowjetunion.

Anfang der 1990er Jahre konnten sich rund 330.000 bosnische Flüchtlinge in die Bundesrepublik flüchten. Sie waren in aufenthaltsrechtlicher und sozialer Hinsicht schlecht gestellt und wurden größtenteils bereits ab 1995 massiv zur Rückkehr gedrängt. Die USA boten schließlich rund 50.000 von ihnen eine dauerhafte Lebensperspektive.

Nicht besser erging es den 1999 nach Deutschland ausgeflogenen 20.000 Kosovo-Flüchtlingen. Lagerleben, Residenzpflicht und minimale »Sachleistungen« machten ihr Leben zum randständigen Dasein. Nach wenigen Monaten bereits wurden die meisten zur Rückkehr in ein kriegszerstörtes und tief gespaltenes Land genötigt, das von Frieden und Sicherheit weit entfernt war.

Die Erfahrungen der Vergangenheit zeigen: Deutschland hat die Möglichkeiten und die Mittel zu einer großzügigen, dauerhaften Flüchtlingsaufnahme. Eine nur kurzfristige Evakuierung ist für viele Flüchtlinge keine Lösung, denn eine Rückkehr ist für sie vielfach über viele Jahre hinweg unzumutbar.